

Revölution!

sinnvoll ökologisch wählen



ödp

Wahlprogramm der Ökologisch-Demokratischen Partei zur 21. Bremischen Bürgerschaftswahl

Ökologisch gedacht – demokratisch gemacht!

Liebe Mitbürgerinnen und Mitbürger,

wir freuen uns, Sie zu unserem Parteiprogramm zur 21. Bürgerschaftswahl begrüßen zu dürfen und laden Sie hiermit zu unserem Ideen-Festival für Bremen und Bremerhaven ein.

1,5° Grad noch okay.

Dieser kleine „Winkel der Temperatur“ beschreibt den Grenzwert, ab dem mehrere Klima-Kippunkte höchstwahrscheinlich überschritten werden. Viele reden davon, und dennoch beachten wir ihn oft zu wenig. Das treibt uns an. Wir stehen hinter den klimapolitischen Forderungen von Scientists for Future und wollen unsere Zukunft im Land Bremen und Europa im Einklang von Mensch und Natur gestalten.

Das ist unser Anliegen in Bremen als zehntgrößte und erfolgreiche Partei in bereits vielen Bundesländern, sowie in Europa mit unserer Abgeordneten Manuela Ripa im Europäischen Parlament.

Vieles ist aus dem Gleichgewicht geraten. Unser aller Bauchgefühl sagt uns das. Was balanciert uns wieder aus? Was sind die dringenden Fragen und deren Antworten der nächsten Zeit? Welche sind die Stellschrauben, um Bremen in eine sinnvolle ökologische Zukunft zu führen? Gerade heute wissen wir, dass ökologisch nicht grün sein kann. Darum ist es wichtig, dass wir als neue politische Kraft frischen Wind in unsere Heimat Bremen bringen.

Bei unseren politischen Zielen denken wir nicht nur an uns selbst, sondern solidarisch an alle Menschen, Lebewesen sowie ihre zukünftigen Generationen auf unserem Planeten Erde. Wir sehen unsere Politik als einen sich weiterentwickelnden Ideen-Pool, mit dem wir gemeinsam mit anderen Parteien, Verbänden und Bürgerinitiativen zu guten Resultaten für uns alle beitragen wollen.

Zu spät, ein Pessimist zu sein. Unterstützen Sie unsere Arbeit und gestalten Sie mit: gratis mit unserem Fan-Paket oder als Schnuppermitglied, mit Ihrer Spende für unsere gute Politik und natürlich mit Ihrer Stimme bei der Bürgerschaftswahl am 14.05.23 in Bremen und Bremerhaven.

Das Gute gewinnt.

Herzliche Grüße, Ihre Kandidaten für Bremen und Bremerhaven

T. Schwarz
Timmy Schwarz

&

Th. von Müller
Thomas von Müller

Wahlprogramm der Ökologisch-Demokratischen Partei Landesverband Bremen zur Wahl zur 21. Bremischen Bürgerschaft am 14.05.2023

Beschlusstext des Landesparteitags der ÖDP Bremen am 23.02.2023

Inhalt

1 Für eine gesunde Umwelt und eine verantwortungsvolle Wirtschaft.....	2
1.1 Mensch, Klima, Umwelt: Es geht um alles!.....	2
1.2 Mobilität, die alle mitnimmt.....	5
2 Für Demokratie und echte Mitgestaltung.....	6
3 Für soziale Sicherheit mit Zukunft.....	8
3.1 Bildung.....	8
3.2 Integration – Ankommen im Hier und Jetzt.....	10
3.3 Bezahlbares Wohnen.....	11
3.4 Eine soziale Arbeitswelt ist möglich und nötig.....	12

1 Für eine gesunde Umwelt und eine verantwortungsvolle Wirtschaft

1.1 Mensch, Klima, Umwelt: Es geht um alles!

Unendliches Wirtschaftswachstum ist auf einem Planeten mit endlichen Ressourcen nicht möglich.

Wir spüren es immer deutlicher. Die Grenzen unseres Planeten Erde sind erreicht und es bringt nichts, die Wahrheit nicht ganz deutlich auszusprechen: Es ist ernst. Nicht nur ein stabiles Klima, sondern auch die Artenvielfalt und nicht zuletzt unsere eigene Zukunft auf dem Planeten stehen auf dem Spiel. Wir teilen den wissenschaftlichen Konsens, dass der menschengemachte Klimawandel eine große Bedrohung ist. Aber noch ist es nicht zu spät: Wenn wir heute anfangen, entschlossen und schnell zu handeln, können wir uns und den nachkommenden Generationen - unseren Kindern und Enkelkindern - eine lebensfreundliche Welt hinterlassen.

Mensch, Tier und Umwelt kommen vor Profit! Darum kämpfen wir für eine ökologisch verantwortungsvolle Wirtschaft.

Wir begreifen Umwelt und Wirtschaft ganzheitlich. Wir Menschen leben nicht nur *in* einer Umwelt, wir leben *durch* sie und *von* ihr. Echte nachhaltige Politik muss daher immer auch die Auswirkungen mitdenken, die das menschliche Handeln auf unsere Umwelt und den Planeten hat. Darum kämpfen wir für eine Wirtschaft, die uns Menschen und unserer Umwelt dient, statt umgekehrt. Wirtschaftswachstum darf keine Entschuldigung mehr für Umweltzerstörung und unsoziale Arbeits- und Lebensbedingungen sein.

Fairer Handel, eine Kreislaufwirtschaft nach dem Cradle-to-Cradle-Prinzip und Gemeinwohl statt Profitorientierung sind heute keine Ideale mehr. Sie sind notwendig, damit wir den Wandel zu einer Gesellschaft mit Zukunft schaffen können.

Klimaneutralität in Bremen bis 2030 - eine gemeinsame Aufgabe.

Es ist noch nicht zu spät für diesen Wandel - aber wir dürfen auch keine Zeit mehr verlieren. Wir stehen hinter den klimapolitischen Forderungen von Umweltbewegungen wie den „Scientists for Future“ und hinter den Pariser Klimazielen. Ein „Weiter so wie bisher“ ist keine

Option. Wir müssen neue Wege gehen und sind davon überzeugt, dass Umweltschutz und ein zufriedenes und gutes Leben Hand in Hand gehen können und müssen.

Das funktioniert nur dann, wenn Entscheidungsträger¹ und Einwohner einer Stadt zusammenhalten. Jeder Wandel muss in Zusammenarbeit mit den Bürgern passieren, nicht über ihre Köpfe hinweg. Wir wollen eine Klima- und Umweltpolitik des Zuhörens und der Kooperation. Alle Bedürfnisse müssen ernstgenommen werden, damit wir gemeinsam entschlossen handeln können.

Unsere Forderungen:

Natur und Stadtentwicklung

- Hochwasserschutz mit Erhalt der Platanen am Deich
- mehr Grün in unseren Städten: zusammenhängende und ökologisch wertvolle Grünflächen für Erholung und Artenvielfalt
- Nachverdichtung statt Flächenversiegelung
- Autoparkplätze sind je nach Umgebungsbedingungen zu begrünen oder mit Photovoltaik auszustatten
- echte Ausgleichsmaßnahmen für Naturschutz und Artenvielfalt statt Scheinlösungen wie die Lesum-Flutung vor den Toren Bremens
- Einrichtung einer Bürgeransprechstelle für Auskünfte und Kritik zu aktuellen städtischen Maßnahmen im Bereich Klima und Umwelt (z. B. Baum- und Gehölzentfernung, Flächennutzung etc.)
- Ausweitung des regionalen, saisonalen, pflanzlichen und Bio-Angebots in öffentlichen Kantinen
- vermehrte Nutzung ökologischer Baustoffe für öffentliche Bauvorhaben
- weitere Weservertiefungen nur, wenn die Umweltverträglichkeit sichergestellt werden kann
- Einsatz im Bundesrat für die Förderung der biologischen Landwirtschaft und einen Plan zum schnellen Ausstieg aus der Verwendung von Pestiziden

¹ Aus Gründen der leichten Lesbarkeit wird im gesamten Text das generische Maskulinum verwendet. Wir meinen damit selbstverständlich alle – ob männlich, weiblich oder divers.

Zukunftsfähige Wirtschaft

- Förderung von klimaschonenden und Gemeinwohl-bilanzierten Unternehmen
- Etablierung von Bremen und Bremerhaven als nachhaltige Wirtschafts- und Forschungsstandorte, z. B. durch finanzielle Förderung von ökologisch ausgerichteten Projekten
- Förderung der Ansiedlung und Ausbildung von Fachkräften in Bereichen wie Photovoltaik und Windenergie, um unsere lokale Energieversorgung zukunftsfähig zu machen und dem Fachkräftemangel zu begegnen
- Bremen und Bremerhaven sollen sich als Städte Gemeinwohl-bilanzieren lassen²
- Einsatz für den Stopp von klima- und umweltschädlichen Subventionen im Bundesrat
- Unterstützung einer Transformation des Bremerhavener Hafens zu einem Offshore-Windkraft-Zentrum in der Region, das aber auch erforderliche Umweltverträglichkeiten nicht außer Acht lässt

Energie

- Umstellung der Energieversorgung im Bundesland Bremen auf 100% erneuerbare Energien bis 2030: Photovoltaik, Windkraft, Geothermie und Solarthermie
- Förderung von Bürger-Strom als dezentrale Versorgungsmöglichkeit und zur (finanziellen) Beteiligung der Bürger an der eigenen Energieversorgung
- Dezentrale Speicherung überschüssigen Ökostroms am Produktionsort, z. B. als Wasserstoff aus der Elektrolyse von Wasser, in Batteriespeichern oder als E-Fuels für den Schwerlastverkehr
- Massiver Ausbau der Nutzung von Photovoltaik- und Solarthermieranlagen und Wärmepumpen, Energieeinsparung durch energetische Sanierung
 - Pflicht zur Installation von Photovoltaik-/Solarthermieranlagen auf Neubauten
 - Ausstattung bestehender öffentlicher Gebäude mit Wärmepumpen, Photovoltaik- und/oder Solarthermieranlagen sowie ihre energetische Sanierung
- Versorgung der im Hafen liegenden Schiffe mit Strom, damit kein Schweröl verwendet wird
- Umstellung der Fährbetriebe in Bremen und Bremerhaven auf elektrischen Antrieb

² <https://germany.ecogood.org/umsetzung/gemeinden/>

1.2 Mobilität, die alle mitnimmt

Mobilität – ein Thema, das die ganze Stadt bewegt

Mobilität ist für uns ein Schlüsselfaktor für sozialverträgliche Klimapolitik. Ein zukunftsfähiges Mobilitätskonzept muss negative Auswirkungen auf die Umwelt so gering wie möglich halten und gleichzeitig für alle bezahlbar und zugänglich sein. Dafür brauchen wir mehr Verkehrsfluss statt Stau, mehr Verkehrssicherheit für alle statt nur für einige, mehr Luft- und Lebensqualität sowie mehr Raum für Mensch und Natur. Wir stehen ein für sinnvolle flächendeckende Maßnahmen unter Einbeziehung der betroffenen Bürger statt kurz gedachter Straßenexperimente oder teurer Fahrrad-Premiumrouten auf teils bereits gut ausgebauten Radstrecken.

Verkehrspolitik ist mehr als nur Klimapolitik

Mobilität verstehen wir als Grundrecht. Mobilität heißt nicht nur, gut von A nach B zu kommen, sondern bedeutet Teilhabe und Selbstbestimmung für alle. Hier sehen wir dringenden politischen Nachholbedarf: Zum einen muss der öffentliche Nahverkehr innerhalb der Städte und zwischen Bremen und Bremerhaven günstiger werden. Zum anderen sind die Wege in unseren Städten kurz und das Land flach – beste Voraussetzungen für eine Stärkung von Fuß- und Radverkehr! Flächendeckend gut ausgebaute Radwege und barrierefreie, breite Fußwege sind noch nicht überall vorhanden, aber möglich.

Unsere Forderungen:

- Priorisierung von Fuß- und Fahrradverkehr gegenüber dem Autoverkehr bei zukünftigen Verkehrsplanungen
- Erweiterung städtischer Park & Ride-Möglichkeiten, um den Autoverkehr in der Innenstadt zu reduzieren
- Ausbau und Flexibilisierung des ÖPNV-Angebots vor allem nachts und außerhalb der Kernzonen der Stadt
- Einführung eines innerstädtischen Tempolimits auf 30 km/h außer auf ausgewählten Hauptverkehrsstraßen mit baulich getrenntem Rad- und Fußweg, um Emissionen und Verkehrsunfälle zu reduzieren

- Flächendeckend ausreichend breite und sanierte Fuß- und Fahrradwege in allen Stadtteilen Bremens und Bremerhavens, um sicher und schnell von Tür zu Tür zu kommen
- kein Bau der geplanten Weserquerung am Wall (in der Nähe bereits bestehender Brücken) – stattdessen zeitnahe und realistische Planung sinnvoller Weserquerungen für den Fuß- und Radverkehr in bisher abgehängten Regionen, z. B. oberhalb des Weserwehrs, im Bereich Weserstadion/Sielwall, zwischen Pusdorf und Überseestadt
- ein kostengünstiger ÖPNV-Tarif, z. B. ein Sozialtarif zum 49€-Deutschlandticket oder ein 365€-Ticket für den VBN-Bereich. Gratis-ÖPNV ist ein unfinanzierbares Versprechen, ein günstiges Ticket hingegen ist ehrlich und sozial.

2 Für Demokratie und echte Mitgestaltung

Es ist Aufgabe der Parteien, Demokratie zu fördern und Mitgestaltung möglich zu machen.

Laut einer bereits 2019 von der Friedrich-Ebert-Stiftung herausgegebenen Studie³ sind weniger als die Hälfte der Bürgerinnen und Bürger zufrieden mit der Demokratie in Deutschland. Regelmäßige Nachrichten zu Lobbyismus- und Korruptionsfällen, das Versagen bei der Einhaltung der Klimaziele und die Corona-Pandemie tragen weiter dazu bei, dass Menschen sich von der Politik immer weniger abgeholt fühlen und sich aus der demokratischen Mitgestaltung zurückziehen.

Eine unserer wichtigsten Aufgaben ist es, diese Entwicklung zu stoppen und umzukehren! Wir wollen die politische Kultur im Land Bremen attraktiver und aktiver gestalten. Dafür sehen wir die Chancen nicht in einem weiteren Aufblasen des Parlaments oder in mehr Verwaltung, sondern in erster Linie in der Digitalisierung, Transparenz und Bürgerbeteiligung.

³ Decker F., Best V., Fischer S., Küppers A. (2019): Vertrauen in Demokratie. Wie zufrieden sind die Menschen in Deutschland mit Regierung, Staat und Politik? online: <https://www.fes.de/studie-vertrauen-in-demokratie>

100% firmenspendenfrei – nur so ist ehrliche Politik möglich.

Wir sind der Überzeugung, dass Politik unbestechlich bleiben muss. Darum nimmt die ÖDP gemäß Satzung keine Spenden von Firmen und Konzernen an. Politische Entscheidungen sollen sich an den Bedürfnissen von Menschen, Tieren und Umwelt orientieren, statt von den Privatinteressen einzelner Geldgeber gelenkt zu sein. Damit das garantiert wird, fordern wir ein Verbot von Firmen- und Konzernspenden für alle Parteien, die in den Parlamenten in Bremen und Bremerhaven vertreten sind.

Weniger Einschränkungen, mehr Mitgestaltung

Wir rufen die Bürger dazu auf, sich stärker in den politischen Prozessen zu engagieren, um gesellschaftliche Veränderungen voranzubringen. Bremen eignet sich aufgrund seiner Größe sehr gut, um Möglichkeiten der direkten Demokratie zu einem festen Element politischen Handelns zu machen. Dazu wollen wir die unserer Meinung nach zu hohen Hürden für Bürger- und Volksbegehren senken. So kann sichergestellt werden, dass der Bürgerwille auch zwischen den Parlamentswahlen endlich das politische Gewicht erhält, das ihm zukommen sollte.

Unsere Forderungen:

- Verbot von Firmen- und Konzernspenden an alle Parteien, die in der Bürgerschaft, der Stadtbürgerschaft oder der Stadtverordnetenversammlung vertreten sind
- Keine weitere Ausweitung der Bremer Bürgerschaft
- Senkung der Hürden für Bürger- und Volksbegehren
- Direktwahl des Bürgermeisters, um die Bürger an dieser Personalentscheidung zu beteiligen
- Abschaffung der 5%-Hürde für die Wahlen zur Bürgerschaft und Stadtbürgerschaft, um kleine und neue Parteien nicht zu benachteiligen und den Bürgerwillen besser in den Parlamenten abzubilden
- Möglichkeit zur digitalen Sammlung von Unterstützungsunterschriften für den Wahlantritt kleiner Parteien

3 Für soziale Sicherheit mit Zukunft

3.1 Bildung

Investitionen in die Bildung sind Investitionen in unsere Zukunft. Echte nachhaltige Politik hört nicht beim Klimaschutz auf – sondern fängt im Bildungswesen an!

Das Bundesland Bremen steht in Sachen Bildung vor zahlreichen großen Herausforderungen. Das liegt nicht zuletzt an der folgenreichen Änderung des Bremer Schulgesetzes im Jahre 2009, welche den Schulen den Auftrag erteilte, inklusive Schulen zu werden⁴. Inklusion ist Menschenrecht. Deshalb ist diese politische Entscheidung mutig und zukunftsweisend. Aber wenn nicht genug Personal und Geld da sind, kann Inklusion mehr schaden, als dass sie nützt. Lehrkräfte und pädagogisches Personal sind überfordert, es entstehen zu große Leistungsdefizite und im schlimmsten Fall sind Unterricht, soziales Lernen und individuelle Förderung kaum möglich.

Wir möchten echte Inklusion zum Wohle aller statt einer Mogelpackung, unter der Kinder, Jugendliche und Erwachsene leiden. Der Bildungsetat muss um ein Vielfaches erhöht werden, um diesem Anspruch gerecht zu werden. Wenn das nicht möglich ist, muss ergebnisoffen darüber diskutiert werden, die Förderschulen wieder zu öffnen.

Umgang mit Vielfalt von Anfang an

Bremen ist vielfältig. Diese Vielfalt ist wertvoll und wichtig. Aber mit Vielfalt muss verantwortungsvoll und kompetent umgegangen werden, damit sie eine Bereicherung ist. Jedes Kind in Bremen und Bremerhaven soll die gleichen Chancen haben. Das wird in der Politik oft gefordert, aber selten wirklich umgesetzt. Wir wollen das ändern. Erfolg in der Schule hängt von vielen Kompetenzen ab, die bereits vor der Schule entwickelt und während der Schulzeit weiter gefördert werden müssen. Wir halten daher die Einführung eines verpflichtenden Vorschuljahres für sinnvoll. Familien, Kindertagesstätten, Schulen und weitere Stellen wie Therapie- und Förderzentren müssen zusammenarbeiten, um das Kind bestmöglich zu unterstützen.

⁴ siehe BremSchulG §3 (4)

Nachhaltiges Lernen ist die Voraussetzung für Erfolg in Schule und Beruf.

Auch nach der Vorschule setzen wir darauf, Grundlagenwissen und -fähigkeiten sicher zu vermitteln, statt Schülerinnen und Schüler in der Schule „mitzuschleifen“, zu unterfordern oder zu überfordern. Nachhaltiges Lernen kann vor allem dann stattfinden, wenn jeder Schüler in seinem eigenen Tempo lernt und Wissen und Kompetenz nach und nach, auf einem stabilen Fundament, aufbaut. Dieses Verständnis von Lernerfolg führt zu mehr Qualität in der schulischen Bildung jedes Einzelnen, denn es bringt nichts, in einem oder mehreren Fächern nicht mehr mitzukommen, weil Grundlagen nie richtig gelernt wurden. In Bremen und ganz Deutschland gibt es heute zahlreiche Schulabgänger, die nicht reif für eine Lehre oder ein Studium sind.

Unsere Forderungen:

Lebensbeginn und Vorschulalter

- Einführung eines verpflichtenden Vorschuljahres, um Bildungsungleichheiten abzufangen und sicherzustellen, dass alle Kinder die für den Schuleintritt notwendigen sprachlichen, kognitiven, motorischen und sozialen Fähigkeiten erwerben können
- Feststellung der Sprachkompetenz bereits vor Schuleintritt, damit bei Bedarf z. B. verpflichtende Sprachkurse und weitere Unterstützungsangebote früh ihre Wirkung entfalten

Schulerfolg für alle

- Erhöhung des Bildungsetats und Einstellung von mehr pädagogischem Personal
- Angebot von qualitativ hochwertigen und vielfältigen Weiterbildungsmöglichkeiten für das Personal, um der extremen Heterogenität an Schulen und Kindertagesstätten gerecht zu werden
- erhöhter Personalschlüssel vorrangig in benachteiligten Stadtteilen
- durchlässige Jahrgangsstufen, damit Schüler je nach Lerntempo unterschiedlich lange in den verschiedenen Kompetenzstufen verbleiben können, statt unter- oder überfordert zu werden

3.2 Integration – Ankommen im Hier und Jetzt

Migration ist Teil der Bremer Geschichte und Zukunft

Das Deutsche Auswandererhaus in Bremerhaven zeigt uns deutlich, dass Migration ein wesentlicher Teil unserer Bremer Geschichte ist. Wir stehen vor den Herausforderungen, Integration und echte Teilhabe für Menschen mit Migrations- und Fluchthintergrund zu ermöglichen und den gesellschaftlichen Zusammenhalt zu stärken.

Ankommenskultur ermöglichen statt Willkommenskultur erzwingen.

Jeder Mensch, der sich in unsere Städte einbringen will, ist willkommen. Die Bremer Politik muss jedoch auch ernstnehmen, dass das zuständige Personal in vielen Kitas, Schulen, Ämtern, medizinischen Einrichtungen etc. an der Belastungsgrenze ist. Daher müssen mehr finanzielle und personelle Ressourcen zur Verfügung gestellt werden, um die ankommenden Menschen in die Gesellschaft zu integrieren.

Migration und Integration müssen gesteuert werden, aber auch auf Augenhöhe stattfinden.

Ankommende sollen sich möglichst schnell in unsere Gemeinschaft integrieren können. Deshalb wollen wir sie beim Erlernen der deutschen Sprache, bei der Arbeitssuche und bei der beruflichen Qualifizierung unterstützen. Wohnraum und Arbeitsplätze müssen nicht nur vorhanden, sondern angemessen sein, um eine erfolgreiche und würdevolle Integration zu ermöglichen. Migranten sollten nach Möglichkeit proportional zur jeweiligen Einwohnerzahl auf alle Stadtteile verteilt werden, um Ghettoisierung zu vermeiden und interkulturellen Austausch zu fördern. Nichts verhindert Integration mehr, als sich ausgegrenzt zu fühlen.

Unsere Forderungen:

- Erhöhung von finanziellen und personellen Ressourcen für die Integration
- mehr interkulturelle Kompetenz in der Politik und Verwaltung sowie stärkere Einbindung von Migrantenorganisationen auf allen Ebenen der Integration

- Zuweisung von Wohnraum für Migranten verteilt auf alle Stadtteile zur Vermeidung von Ghettoisierung und zur Stärkung von interkulturellem Austausch
- schnelle Integration in die Arbeitswelt bzw. berufliche Qualifizierung und Weiterbildung mit dem Ziel einer langfristigen Anstellung
- Förderung von professionellen und ehrenamtlichen Integrationsmaßnahmen wie z. B. Sprachkursen und Weiterbildungen, Buddy-Programmen sowie interkulturellen Cafés

3.3 Bezahlbares Wohnen

Wohnraum muss in Bürgerhand und bezahlbar sein.

Wir fordern Förderung, Planung und Gründung von Bürgerbau-Gesellschaften und einem Bürger-Sozialbau-Fonds für den sozialen Wohnungsbau und seine Finanzierung. Hierzu können wir uns auch Garantien und Sondervermögen auf Länderebene vorstellen.

Wir unterstützen eine nötige Demokratisierung der Baubranche ohne mögliche Interessenkonflikte von Bauherren und Maklern zwischen der Schaffung von ausreichendem Wohnraum und damit verbundenen niedrigeren Kauf- und Mietpreisen. Sozialer Wohnungsbau muss sich nach dem Bedarf der Bürger richten. Darum können bürgerliche Baugenossenschaften als neue wirtschaftliche Verantwortungsträger und Interesseninhaber für die bisher fehlenden Impulse im Bausektor sorgen.

Wir möchten weder Gentrifizierung noch Ghettoisierung. Stadtteile müssen so geplant und geeigneter Wohnraum zur Verfügung gestellt bzw. zugewiesen werden, dass Menschen verschiedener Generationen, Einkommensgruppen und Herkunft Nachbarn sind. Das schafft Vielfalt und fördert Integration und Teilhabe.

3.4 Eine soziale Arbeitswelt ist möglich und nötig

Unsere Arbeitswelt ist im Wandel

Die vergangenen und jetzigen Krisenzeiten wirken wie Katalysatoren bei der weiteren Digitalisierung und Automatisierung. Arbeitsplätze – z. B. in Produktion und Verwaltung – werden aus verschiedenen Gründen wegrationalisiert oder sind aufgrund von technologischen und gesellschaftlichen Veränderungen nicht mehr notwendig.

Bremen ist immer noch Spitzenreiter bei der Arbeitslosigkeit

Viele Bürger sind heute von Arbeitslosigkeit oder eingeschränkter Erwerbsfähigkeit existenziell betroffen. Die offiziellen Arbeitsmarktdaten spiegeln die tatsächlichen Bedingungen nicht vollständig wider. Denn zu den statistisch erfassten Arbeitslosen kommen unter anderem sogenannte „Unterbeschäftigte“ hinzu, die aus diversen Gründen nicht von ihrer Arbeit leben können.

Die Lage ist auch im Land Bremen mehr als ernst. Im Januar 2023 lag die Arbeitslosenquote bei 10,5% und damit deutlich über dem Bundesdurchschnitt⁵. Arbeitslosigkeit oder eingeschränkte Erwerbstätigkeit sind nicht nur ein finanzielles Problem für den Staat, sondern vor allem eine Bedrohung für die Betroffenen, denn Arbeit sichert die Existenz und bedeutet Teilhabe an der Gesellschaft.

Familien fördern für eine starke Gesellschaft

Gerade aufgrund der strukturellen Veränderungen auf dem Arbeitsmarkt kann und sollte die Vollbeschäftigung aber nicht das anzustrebende Ziel für jeden Erwachsenen sein. Auch das gehört zu unserem Grundsatz, dass das unendliche Wirtschaftswachstum - ein „Immer mehr, höher und weiter“ - auf unserem begrenzten Planeten nicht möglich ist. Die sogenannte Care-Arbeit, die z. B. die Erziehung und Betreuung eigener Kinder oder die Pflege von Angehörigen umfasst, muss endlich vom Staat als vollwertige Arbeit im Sinne von Lohnarbeit anerkannt werden. Erziehende und Pflegende erbringen eine Leistung für die Gesellschaft. Dafür müssen sie angemessen entlohnt werden.

⁵ Agentur für Arbeit (Hrsg.) (2023): Monatsbericht zum Arbeits- und Ausbildungsmarkt. online: https://statistik.arbeitsagentur.de/Statistikdaten/Detail/202301/arbeitsmarktberichte/monatsbericht-monatsbericht/monatsbericht-d-0-202301-pdf.pdf?__blob=publicationFile&v=3

Die Familie ist für unsere Gesellschaft unentbehrlich und die Erziehung durch die Eltern systemrelevant.

Wir setzen uns für echte Wahlfreiheit für Familien ein: Eltern, die lieber zuhause bleiben möchten, sollen nicht aus finanziellen Sorgen einer Erwerbsarbeit nachgehen müssen. Wenn Menschen Kinder erziehen oder Angehörige pflegen, darf das nicht zu späterer Armut oder finanziellen Nöten führen. Gleichzeitig müssen die Betreuungsangebote für Kinder jeden Alters ausgebaut und verbessert werden. Denn Eltern, die sich für die Erwerbstätigkeit entscheiden, brauchen die Sicherheit, dass sie einen Krippen- oder Kita-Platz finden und ihren Nachwuchs in die Hände von gut ausgebildetem Personal geben.

Unsere Forderungen:

- echte Wahlfreiheit für Familien durch ein Erziehungs- und Pflegegehalt
- langfristige und effektive Maßnahmen, um Menschen (wieder) in den Arbeitsmarkt zu integrieren
- attraktive Weiter- und Ausbildungsmöglichkeiten für Menschen mit Berufsausbildungen, bei denen zu wenig Bedarf auf dem Arbeitsmarkt besteht, oder ohne Ausbildung
- bessere Arbeitsbedingungen und mehr Lohn für systemrelevante Berufe in Bereichen wie Betreuung, Pflege und Handwerk
- Ausbau von Hilfsprogrammen und sozialen Initiativen für gezielte Reintegrationsmaßnahmen für beispielsweise Suchtkranke und Wohnungslose

Gut, dass Sie sich interessieren!

Vielen Dank für Ihre Aufmerksamkeit für unsere Ideen und unser politisches Programm zur 21. Bremer Bürgerschaftswahl in Bremen und Bremerhaven.

Wählen Sie sinnvoll ökologisch. Geben Sie der ÖDP am 14.05.2023 Ihre Stimme.

Das Gute gewinnt.

Ihre ÖDP Bremen
Schwarzer Weg 27
28239 Bremen

Bank für Sozialwirtschaft
IBAN: DE19 7002 0500 0009 8152 11
BIC: BFSWDE33MUE
www.oedp-bremen.de